

Babyboomer gehen, Rente ist unter Druck

Präsidentin der Rentenversicherung warnt in Kaufbeuren vor steigenden Beiträgen und mahnt Generationengerechtigkeit an.

Kaufbeuren Auf Einladung des Allgäuer Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) fand im Kolpingsaal in Kaufbeuren eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Zukunft der Rente statt. Als Referentin sprach Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund. Sie gab einen Überblick über die aktuelle Lage und die langfristigen Herausforderungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Im Mittelpunkt stand der demografische Wandel. In den vergangenen zwanzig Jahren sei es gelungen, den Beitragssatz stabil zu halten. Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand verändere sich nun jedoch das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern dauerhaft. Bis 2040 werde der Beitragssatz nach derzeitigen Berechnungen von 18,6 auf 21,2 Prozent steigen – ein Plus von fast drei Prozentpunkten. Roßbach betonte, das System sei anpassungsfähig. Bereits bei der Rentenreform Anfang der 2000er-Jahre sei ein Beitragssatz von 22 Prozent als Obergrenze definiert worden. „Wir bewegen uns auf diesem Pfad“, sagte sie. Die Politik müsse entscheiden, ob dieser Höchstwert weiterhin gelten solle.

Stracke ordnete das im Dezember vom Deutschen Bundestag beschlossene Rentenpaket ein. Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 sowie die Ausweitung der Mütterrente führ-

ten bis 2040 zu zusätzlichen Kosten von rund 200 Milliarden Euro. Diese Mehrbelastung werde jedoch aus Steuermitteln finanziert und wirke sich daher nicht auf den Beitragssatz aus.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um das österreichische Modell. Dort liegt der Beitragssatz bei 22,8 Prozent, zudem sind Selbstständige einbezogen. Beamte zahlen allerdings in ein eigenes Versorgungssystem ein. Roßbach verwies zudem auf Defizite bei der zusätzlichen Altersvorsorge.

Mehr als ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfüge über keine betriebliche oder private Absicherung. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen müssten beim Sparen stärker unterstützt werden.

Stracke mahnte eine generationengerechte Rentenpolitik an. Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rente belaufe sich bereits auf rund 120 Milliarden Euro jährlich und werde weiter steigen. Dadurch gerate der Bundeshaushalt zunehmend unter Druck. Die neu eingesetzte Rentenkommission müsse diese Entwicklung im Blick behalten.

Zum Abschluss hob Roßbach die Bedeutung von Transparenz hervor. Die digitale Rentenübersicht ermögliche einen gebündelten Überblick über gesetzliche, betriebliche und private Ansprüche und solle die Bürger bei ihrer Vorsorge unterstützen. (pm)



Stephan Stracke und Gundula Roßbach standen im Kolpingsaal zu Fragen rund um die Zukunft der Rentenversicherung Rede und Antwort. Foto: Andrea Friebl Abgeordnetenbüro